Schule als politikfreie Zone?

Politische Bildung in der gymnasialen Oberstufe im Bundesländervergleich 2021

Mahir Gökbudak

Zusammenfassung
In diesem Beitrag wird die Frage beantwortet, welchen Stellenwert die politische Bildung in der gymnasialen Oberstufe in Deutschland hat. Das 2018 zum ersten Mal durchgeführte Ranking für politische Bildung vergleicht jährlich, wie viel politische Bildung Schüler:innen in allen Bundesländern erhalten. Dazu werden die rechtlich verbindlichen bildungspolitischen Vorgaben für die Verteilung von Unterrichtszeit in den sechzehn Bundesländern analysiert. Das diesjährige Ranking untersucht erstmals neben der Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen auch die gymnasiale Oberstufe in Deutschland. Die zentralen Ergebnisse für die Oberstufe werden in diesem Beitrag dargestellt und diskutiert.

1. Einleitung

Seit der Publikation des ersten Ranking wird jährlich der Stellenwert der politischen Bildung an deutschen Schulen analysiert. Während die ersten drei Veröffentlichungen sich nur auf die Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen konzentriert haben, wurde letztes Jahr auch die Situation an den Berufsschulen in den Blick genommen und untersucht. Mithilfe der Resultate konnten der zeitliche Umfang und die Platzierung des Leitfaches der politischen Bildung in der Sekundarstufe I und in der Berufsschule in Deutschland ermittelt werden. Die Studienergebnisse leisten damit einen Beitrag dazu, die Relevanz der politischen Bildung für diese Schulformen für ganz Deutschland darzustellen und länderübergreifend miteinander zu vergleichen. Während der geringe Stellenwert der politischen Bildung an allgemeinbildenden Schulen

Mahir Gökbudak
Lehrer im Hochschuldienst
Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Didaktik der Sozialwissenschaften

Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) 71. Jahrg., Heft 3/2022, S. 333-344 www.budrich-journals.de
https://doi.org/10.3224/gwp.v71i3.12

gut erforscht ist (Lange 2010; Kalina 2014; Gökbudak/Hedtke 2018, 2019, 2020), ist erstaunlicherweise die Lage der politischen Bildung in der gymnasialen Oberstufe bis heute vage und immer noch von vielen Vermutungen geprägt. Das diesjährige Ranking erweitert die empirische Untersuchung auch auf die gymnasiale Oberstufe und schließt somit diese empirische Forschungslücke.

Auch das 5. Ranking Politische Bildung ermittelt mithilfe der länderspezifischen, rechtlich verbindlichen bildungspolitischen Vorgaben die Verteilung von Unterrichtszeit. Auf Basis dieser Datengrundlage wird in den folgenden Kapiteln zwei Forschungsfragen nachgegangen: In welchen Phasen der gymnasialen Oberstufe ist politische Bildung obligatorisch? Wieviel Unterrichtszeit hat politische Bildung in der Oberstufe verbindlich zur Verfügung?

Es herrscht Konsens in der (Fach-)Wissenschaft, dass die politische Bildung wichtig für die Entwicklung der Schüler:innen ist. Die Ergebnisse des diesjährigen Rankings zeigen, dass politische Bildung sehr unterschiedlich in den Bundesländern verankert und in der gymnasialen Oberstufe in vielen Bundesländern gar nicht obligatorisch vorgesehen ist.

2. Methodisches Vorgehen

Das Ranking Politische Bildung folgt seit 2018 den gleichen methodischen Grundsätzen (vgl. Gökbudak/Hedtke 2018-2021)[1]: Die Datenbasis für die Studie bilden nur rechtlich verbindliche Vorgaben, die sich v.a. in Stundentafeln und in der gymnasialen Oberstufe in Belegverpflichtungen der Fächer manifestieren. Durch die Reduzierung des methodischen Designs auf einen quantitativen Indikator lässt sich die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes ordnen, kategorisieren und vergleichen. Ein solches methodisches Vorgehen ist immer auch mit Informationsverlust verbunden. Das Ranking macht keine Aussagen zu Lerninhalten, Qualität des Unterrichts und personellen Ausstattung. Erst durch eine Curriculumanalyse sind Aussagen über die inhaltliche Grundstruktur des Leitfachs der politischen Bildung möglich. Im Bereich der gymnasialen Oberstufe haben Hippe u.a. analysiert, was Schüler:innen verbindlich über Politik lernen sollen. Die Autoren stellten fest, dass Kategorien wie ökologische Nachhaltigkeit, Multikulturelle Gesellschaft / Migration, Sozialisation, Geschlecht und Extremismus wenig bis extrem wenig als verbindliche Inhaltsfelder in den Lernplänen verankert sind (Hippe u.a. 2020, S. 5f).

Das Ranking konzentriert sich hingegen mithilfe eines einfachen, quantifizierenden Indikators auf die quantitative Ausgestaltung der schulfachlich organisierten politischen Bildung in den Bildungsgängen.

Die Erforschung der schulfachlichen politische Bildung stellt zwei grundlegende methodische Herausforderungen. Erstens gibt es keine einheitlichen Fächernamen für die politische Bildung in der Primarstufe oder der Sekundarstufe I und II. Es findet sich eine Vielfalt an unterschiedlichen Fächerbezeichnungen. Allein in der gymnasialen Oberstufe gibt es insgesamt neun unterschiedliche Bezeichnungen für das Leitfach der politischen Bildung (vgl. Tabelle 1).

Zweitens variieren die inhaltlichen Fächerzuschnitte je nach Bundesland stark. In einigen Bundesländern wird politische Bildung integrativ mit Anteilen der ökonomischen und gesellschaftlichen Bildung unterrichtet, in anderen Bundesländern werden die genannten Lernbereiche separat unterrichtet. Bei der Ermittlung der Anteile für den Stellenwert der politischen Bildung wurde wie in den Rankings für die Sekundarstufe I nur das Leitfach berücksichtigt, dem die politische Bildung primär zugeordnet ist. Dabei wurde nicht unterschieden, ob ein Leitfach fächergetrennt oder integrativ mit Anteil in der ökonomischen und/oder gesellschaftlichen Bildung unterrichtet wurde. Des Weiteren wurden nur Fächer und deren Stundenvolumen berücksichtigt, die obligatorisch von allen Schüler:innen belegt werden müssen. Dies sind in der Oberstufe sogenannte Pflichtfächer. Wahlfächer und weitere fakultative Angebote, über die die einzelnen Schulen oder Lernenden frei entscheiden können, etwa im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften, Projekten etc. müssen aus Gründen der Vergleichbarkeit unberücksichtigt bleiben.

Im Unterschied zur Originalstudie Ranking Politische Bildung in der Sekundarstufe I wurde aus methodischen Gründen nicht der prozentuale Anteil des Leitfaches der politischen Bildung an den Gesamtwochenstunden der Stundentafel berechnet. Die Stundentafeln der Sekundarstufe I machen verbindliche Angaben zu den Gesamtwochenstunden in den einzelnen Jahrgängen. In der Sekundarstufe II wird dies nur in einzelnen Bundesländern vorgegeben. Die individuelle Jahreswochenstundenzahl ist vielmehr vom individuellen Wahlverhalt der Schüler:innen abhängig. Somit bestimmt die Zusammenstellung der eigenen Pflicht- und Wahlfächer die Gesamtwochenstunden der Lernenden. Je nach Aufgabenfeld und Fach variiert die Zahl der obligatorischen Unterrichtsstunden. Das Ranking erfasst in einer quantitativen Analyse mithilfe der absoluten Zahlen die Relevanz der politischen Bildung im Ländervergleich.

3. Ranking Politische Bildung für die gymnasiale Oberstufe

Die gymnasiale Oberstufe führt den allgemeinbildenden Bereich der Sekundarstufe I fort und ermöglicht den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife und berechtigt somit zugleich auch zum Studium an einer Hochschule (vgl. KMK 2021, Seite 4). Die für alle Bundesländer geltenden organisatorischen Grundsätze wurden erstmals 1960 von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen und seither mehrfach weiterentwickelt. Demnach ist die gymnasiale Oberstufe in eine einjährige Einführungsphase und eine zweijährige Qualifikationsphase gegliedert und endet mit der Abiturprüfung. Die Allgemeine Hochschulreife ist erst nach mindestens 12 Schuljahren bzw. insgesamt mindestens 8 Schuljahren in der Sekundarstufe I und II erreicht. Für das Ranking wurden die Bildungsgänge G8 und G9 einbezogen. Die empirische Analyse hatte dabei die drei Phasen der gymnasialen Oberstufe als Forschungsbasis, die unabhängig vom G8- oder G9 Bildungsgang gelten.

Der Unterricht in der gymnasialen Oberstufe wird unterschieden nach Pflicht- und Wahlfächern, die einem Aufgabenfeld zugeordnet sind. Die inhaltliche Ausgestal-

tung wird von den einzelnen Bundesländern festgelegt, wobei dieser sich an den Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife oder den „Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung" orientieren muss (KMK 2021, S. 4ff).

Der Unterricht in der gymnasialen Oberstufe wird jeweils einem von fünf Aufgabenfeldern zugewiesen. Die politische Bildung ist Teil des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes (ebd.). Die Lernziele, Inhalte und Kompetenzen des Fachunterrichtes werden auf Landesebene bestimmt. Auffällig ist, dass die KMK keine einheitlichen Bildungsstandards für die politische sowie ökonomische oder gesellschaftliche Bildung festgelegt hat. Dies bedeutet, dass jedes Bundesland das Leitfach der politischen Bildung formal (z. B. die Bezeichnung des Leitfachs) und inhaltlich (z. B. Lerninhalte- und ziele) selbstständig festlegen kann. Das führt dazu, dass die politische Bildung ähnlich wie in der Sekundarstufe I je nach Bundesland in unterschiedlichen Fächern, mit jeweils unterschiedlichen Fächerzuschnitten und unterschiedlichen Schwerpunkten, unterrichtet wird.

Bundeseinheitlich geregelt sind lediglich die Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung in den Fächern Sozialkunde/Politik (KMK 2007). Bei genauer Betrachtung fällt jedoch auf, dass nur in fünf Ländern das Leitfach der politischen Bildung die Fächerbezeichnung Sozialkunde oder Politik hat.

3.1 Die Ergebnisse zum Stellenwert der politischen Bildung in der gymnasialen Oberstufe

Position der politischen Bildung in den drei Phasen der gymnasialen Oberstufe

In einem ersten Schritt haben wir die Platzierung der politischen Bildung in den drei Phasen der gymnasialen Oberstufe ermittelt. Bereits für die Sekundarstufe I konnten wir in den vorherigen Rankings große Unterschiede in der Platzierung der politischen Bildung in den einzelnen Jahrgängen zwischen den Bundesländern aufzeigen. Dieser Trend setzt sich auch in der Sekundarstufe II deutlich fort.

Betracht man die Einführungsphase so kann man erkennen, dass das Leitfach der politischen Bildung in der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe sehr unterschiedlich verankert ist. In nur neun Bundesländern ist politische Bildung ein verbindlicher Lerninhalt. Das Leitfach der politischen Bildung ist in der Einführungsphase in Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt gar nicht vorgesehen. In den übrigen Bundesländern ist das Leitfach für alle Lernenden obligatorisch.

Die empirische Analyse ergibt eine deutliche Schlechterstellung der politischen Bildung in der ersten Qualifikationsphase. Die Zahl der Länder mit einem Pflichtanteil an politischer Bildung sinkt auf weniger als die Hälfte der Bundesländer. In Baden-Württemberg, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein wird das Leitfach in der ersten Qualifikationsphase fortgeführt. Die Bundesländer Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt verzichten auch in der ersten Qualifikationsphase konsequent auf politische Bildung.

Die gymnasiale Oberstufe schließt mit der zweiten Qualifikationsphase und der anschließenden Abiturprüfung ab. Die Marginalisierung der politischen Bildung wird auch in dieser letzten Phase fortgeführt. Beinahe zwei Drittel der Bundesländer haben in der zweiten Qualifikationsphase kein verbindliches Leitfach der politischen Bildung. Nur in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein müssen Schüler:innen der gymnasialen Oberstufe auch in der zweiten Qualifikationsphase das Leitfach der politischen Bildung belegen. In Nordrhein-Westfalen startet und endet gleichzeitig in dieser Phase politische Bildung in der gymnasialen Oberstufe. In allen anderen Bundesländern wird politische Bildung nicht als verbindliches Fach angeboten.

Als Zwischenfazit kann man festhalten, dass sechs Bundesländer konsequent auf das Leitfach der politischen Bildung in der gesamten gymnasialen Oberstufe verzichten. Zu dieser Ländergruppe gehören Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Die Schüler:innen erhalten damit nach dem Abschluss der Sekundarstufe I keine politische Bildung. Für die Lernenden aus Bremen und Hessen ist sogar nach der Jahrgangsstufe 9 das Leitfach nicht mehr vorgesehen.

Eine zweite, kleinere Gruppe beschränkt das Leitfach auf eine einzige Phase. In diese Kategorie fallen Berlin, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Thüringen. In Bayern wird das Leitfach in der Einführungs- und ersten Qualifikationsphase verbindlich unterrichtet.

Die dritte Gruppe von Bundesländern verankert das Leitfach der politischen Bildung durchgängig in der gesamten gymnasialen Oberstufe. Zu dieser Gruppe zählen Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein.

Position der politischen Bildung in der Sekundarstufe I und II

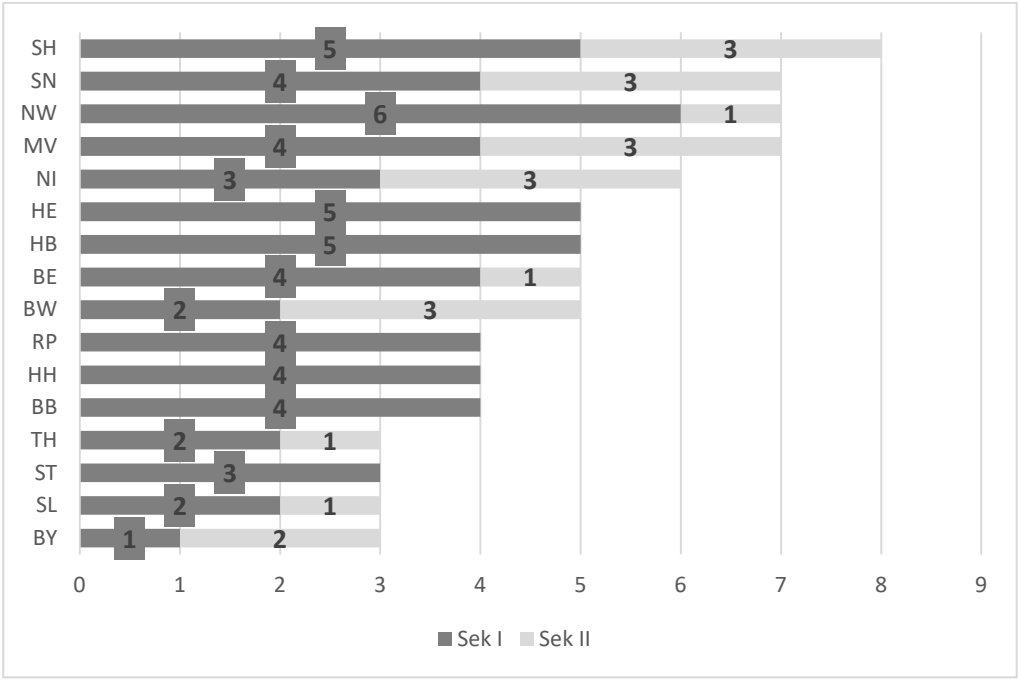
Betrachtet man nun die Sekundarstufe I und II gemeinsam, ergeben sich vier Ländergruppen (Abbildung 1). In Bayern, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen wird das Leitfach der politischen Bildung nur in drei Schuljahren unterrichtet. Bayrische Gymnasiast:innen können sich erst ab der 10. Klasse mit der politischen Bildung im Fachunterricht beschäftigen. Die Jahrgänge 5 bis 9 werden in Bayern völlig politikfrei gehalten.

Die zweite Gruppe begrenzt das Leitfach auf vier Schuljahre, dazu gehören Brandenburg, Hamburg und Rheinland-Pfalz. Das Mittelfeld besteht aus fünf Ländern. Das Leitfach der politischen Bildung ist in Baden-Württemberg, Berlin, Bremen und Hessen in fünf Schuljahren verbindlich.

Die vierte Gruppe von Bundesländern ermöglicht den Schulen sieben bzw. im Falle von Schleswig-Holstein sogar acht Schuljahre fachlich verankerte politische Bildung. Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen belegen damit den zweiten Platz im Teilranking.

Auffallend ist der Befund, dass in keinem einzigen Bundesland politische Bildung durchgehend in der gesamten Sekundarstufe I und II verbindlich vorgesehen ist.

Abbildung 1: Platzierung der politischen Bildung in den Jahrgängen der Sekundarstufe I und der Oberstufe an Gymnasien 2021



BB Brandenburg, BE Berlin, BW Baden-Württemberg, BY Bayern, HB Bremen, HE Hessen, HH Hamburg, MV Mecklenburg-Vorpommern, NI Niedersachsen, NW Nordrhein-Westfalen, RP Rheinland-Pfalz, SH Schleswig-Holstein, SL Saarland, SN Sachsen, ST Sachsen-Anhalt, TH Thüringen.

Lernzeit für die politische Bildung in der gymnasialen Oberstufe

Das Ranking für die gymnasiale Oberstufe ermittelt mithilfe der gesetzlichen Vorgaben den Stellenwert der politischen Bildung im Ländervergleich. Es orientiert sich methodisch an dem Ranking für die Sekundarstufe I, analysiert jedoch die absoluten Zahlen und nicht den prozentualen Anteil an den Gesamtwochenstunden (siehe Kap. 2).

Auch in diesem Vergleich ergibt sich eine klare Strukturierung des Länderfeldes in vier Gruppen der schlecht Aufgestellten, der deutlich Unterdurchschnittlichen, der Mittelmäßigen und der Spitzengruppe (Tabelle 1).

Die Gruppe der Schlechten stellt dem Leitfach der politischen Bildung keine einzige Stunde zur Verfügung. In dieser Gruppe befinden sich Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Diese Länder verwehren jungen Menschen damit die Möglichkeit, sich mit politischen Themen und Problemen in der gymnasialen Oberstufe auseinanderzusetzen und aktuelle politische Ereignisse zu reflektieren. Die Schüler:innen können sich lediglich durch ihre eigene Fächerwahl fakultativ für das Leitfach der politischen Bildung entscheiden, eine Belegverpflichtung gibt es in diesen Ländern für politische Bildung nicht.

Tabelle 1: Rangplätze für das Leitfach der politischen Bildung an der gymnasialen Oberstufe 2021

Nr.	Bundesland	Leitfach der politischen Bildung	Obligatorische Wochenstunden des Leitfaches in der gymnasialen Oberstufe
8	Brandenburg	Politische Bildung	0
8	Bremen	Politik	0
8	Hamburg	Politik-Gesellschaft-Wirtschaft	0
8	Hessen	Politik und Wirtschaft	0
8	Rheinland-Pfalz	Sozialkunde	0
8	Sachsen-Anhalt	Sozialkunde	0
7	Thüringen	Sozialkunde	1
6	Berlin	Politikwissenschaft	1,5
5	Saarland	Sozialkunde	2
4	Baden-Württemberg	Gemeinschaftskunde	2,7
3	Bayern	Politik und Gesellschaft	3
3	Nordrhein-Westfalen	Sozialwissenschaften	3
3	Schleswig-Holstein	Wirtschaft/Politik	3
2	Niedersachsen	Politik-Wirtschaft	6
2	Sachsen	Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft	6
1	Mecklenburg-Vorpommern	Sozialkunde (EF) // Politische Bildung (QP)	7,5

Die Bundesländer Thüringen, Berlin und Saarland bilden die Gruppe der Unterdurchschnittlichen. Sie gewähren dem Leitfach der politischen Bildung im besten Fall nur 2 Wochenstunden der gesamten Lernzeit.

In Berlin und Saarland müssen Lernende in der Einführungsphase das Leitfach der politischen Bildung belegen. Eine grundsätzliche Belegverpflichtung gibt es für das Leitfach in der Qualifikationsphase nicht. Ähnlich ist die Lage in Thüringen, eine Belegverpflichtung gibt es nur in der Einführungsphase. Aus dem gesellschaftlichen Aufgabenfeld ist nur das Fach Geschichte in der Qualifikationsphase für alle Lernenden verpflichtend.

Das Mittelfeld belegen Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Die Werte liegen zwischen 2,7 Wochenstunden und 3 Wochenstunden nahe beieinander.

Gemeinschaftskunde wird als Leitfach der politischen Bildung in Baden-Württemberg in der gesamten gymnasialen Oberstufe obligatorisch unterrichtet. Der zeitliche Anteil ist in der Qualifikationsphase mit 2 Wochenstunden dreimal höher als in der Einführungsphase. An bayrischen Gymnasien wird das Leitfach in der Einführungsphase mit 1 Wochenstunde unterrichtet. In der Qualifikationsphase sind 2 Wochenstunden Pflicht. In Schleswig-Holstein wird das Leitfach der politischen Bildung in der Einführungs- und Qualifikationsphase als zweistündiger Unterricht auf grundlegendem Niveau erteilt. In der Qualifikationsphase muss das Fach Wirtschaft/Politik mit einer Wochenstunde belegt werden.

Die Spitzengruppe besteht aus Niedersachsen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, wobei Mecklenburg-Vorpommern mit deutlichem Abstand den ersten Platz belegt.

Das Fach Politik-Wirtschaft muss an der gymnasialen Oberstufe in Niedersachsen in der Einführungsphase belegt werden. In der Qualifikationsphase ist politische Bil-

dung als Ergänzungsfach in zwei Quartalen mit jeweils 3 Wochenstunden verpflichtend. Das Leitfach der politischen Bildung ist in Sachsen in allen Phasen der gymnasialen Oberstufe obligatorisch. Mecklenburg-Vorpommern stellt mit Abstand die meisten Unterrichtsstunden für das Leitfach der politischen Bildung zur Verfügung und belegt somit allein den ersten Platz im Ranking für die gymnasiale Oberstufe. Eine Besonderheit ist jedoch, dass sich das Leitfach nach dem Übergang von der Einführungsphase zur Qualifikationsphase ändert. Während in der Sekundarstufe I und in der Einführungsphase das Fach Sozialkunde unterrichtet wird, wird es ab der Qualifikationsphase vom Fach Politische Bildung ersetzt.

Fasst man die bisherigen Forschungsergebnisse zusammen, lässt sich festhalten, dass sowohl in der Platzierung der politischen Bildung in den einzelnen Phasen der gymnasialen Oberstufe sowie im Ländervergleich der Lernzeit sehr große Unterschiede zwischen den Bundesländern vorhanden sind. Mehr als ein Drittel der Bundesländer verzichten in der Oberstufe vollkommen auf politische Bildung. Nur drei Bundesländer räumen dem Leitfach der politischen Bildung deutlich mehr Zeit innerhalb der Gesamtwochenstunden ein.

4. Zusammenfassung und Diskussion

Der vorliegende Beitrag untersuchte den Stellenwert der politischen Bildung in der gymnasialen Oberstufe in Deutschland. Dafür wurden die länderspezifischen Regelungen der Oberstufe und der Abiturzulassungen quantitativ untersucht. Die Lage der politischen Bildung ist bis auf einzelne Ausnahmen an der gymnasialen Oberstufe besorgniserregend. Dies haben die hier beleuchteten Ergebnisse des diesjährigen Rankings deutlich aufgezeigt.

Zum einen wird das Leitfach gar nicht oder aber mit einer geringen Stundenanzahl verbindlich unterrichtet. Zum anderen ist das Leitfach nicht in allen Phasen der Oberstufe verankert, sondern beschränkt sich im besten Fall auf nur zwei Phasen der Oberstufe, sodass Gymnasiasten teilweise über Jahre hindurch ohne politische Bildung verbleiben. Einzig die Bundesländer Niedersachsen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern bilden eine Ausnahme: Hier kann man von einer weitgehend angemessenen Berücksichtigung der politischen Bildung in der Oberstufe sprechen. In den anderen Bundesländern können Schüler:innen nur durch ihr individuelles Wahlverhalten überhaupt (vermehrt) politische Bildung erhalten. Das heißt, der Gesetzgeber, in diesem Fall die Kultus- und Schulministerien bzw. Landesregierungen, lassen eine Vernachlässigung der politischen Bildung von angehenden Abiturienten zu bzw. nehmen diese bewusst in Kauf. Denn eine angemessene politische Bildung ist mit den aktuellen rechtlichen Vorgaben, die sich letztendlich in den obligatorischen Stundenvolumen der Schüler:innen widerspiegeln, nicht realisierbar.

Das ist aus mehreren Gründen fahrlässig. Die zentralen Aspekte möchte ich hier kurz skizzieren:

Die Schule ist ein zentraler Ort für die politische Sozialisation[2] von jungen Menschen und übernimmt neben den anderen Sozialisationsinstanzen Familie, Peer

Groups, Massenmedien und digitale Plattformen eine besondere Bedeutung. Dies liegt u.a. daran, dass Kinder und Jugendliche heute viel mehr Zeit in der Schule verbringen als früher. Das hat mehrere Ursachen: In den 2000er Jahren sind nach dem PISA-Schock die fachlichen Anforderungen in Form von Bildungsstandards gestiegen. Damit einhergehend wurden auch die Stundentafeln der einzelnen Bildungsgänge überarbeitet und die Gesamtwochenstundenzahl für den Fachunterricht erhöht. Zusätzlich kam es bundesweit zu einem steigenden Ausbau und Etablierung von Ganztagsschulen. Schließlich ist auch die Anzahl der Schüler:innen gestiegen, die einen höheren Schulabschluss anstreben und die gymnasiale Oberstufe besuchen (Gürlevik u.a., 2016, S. 3f).

Im Zuge dieser Nach-Pisa-Veränderungen etablierte sich eine verstärkte Fokussierung auf die Kernkompetenzen in den mathematischen, sprachlichen und naturwissenschaftlichen Bereichen zuungunsten von vermeintlich „weichen" Fächern wie z. B. des Lernbereich Gesellschaftswissenschaften und hier insbesondere des Leitfaches der Politischen Bildung (vgl. Gökbudak/Hedtke 2019). Parallel dazu wurde jedoch in der Öffentlichkeit und in Teilen des wissenschaftlichen Diskurses von einem mangelnden Interesse an Politik oder sogar von einer Politikverdrossenheit von Kindern und Jugendlichen gesprochen. Als angeblicher Maßstab wurde abfragbares Faktenwissen und/oder überzogene politische Handlungserwartungen von jungen Heranwachsenden verwendet. Dabei macht die *Fridays for Future-Bewegung* nun das sichtbar, was immer schon da war: ein großes Interesse von jungen Menschen an der demokratischen Auseinandersetzung mit politischen, ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen, also sozialwissenschaftlichen Themen.

Die Unterstellung einer generellen Politikverdrossenheit ist zudem nicht evidenzbasiert (Gille u.a., 2016, S. 188f). Bereits sehr junge Kinder im Grundschulalter interessieren sich für politische Themen und können politische Probleme erkennen und wollen sich damit auseinandersetzen (van Deth 2007, S. 116ff). Nun hat die Adoleszenz dabei für die Entstehung und Entwicklung von politischem Interesse und dem eigenen politischen Selbstkonzepts eine enorme Bedeutung (Reinders 2016, S. 96f; Watermann 2005, S. 16f; Kuger/Gille 2020, S. 1119). Die bereits ab dem Grundschulalter beginnende politische Sozialisation wird in dieser Phase des Erwachsenwerdens fortgeführt, wobei sich Unterschiede im politischen Wissen, die auch von der sozio-ökonomischen Herkunft abhängen, verfestigt werden (Reinders 2016, S. 96f). Ausgehend davon kann nur die Schule als staatliche Bildungsinstitution diese herkunftsabhängige Benachteiligung beheben und politische und gesellschaftliche Partizipation für junge Heranwachsende ermöglichen. Denn das Interesse an der Bildung des politischen Selbstbildes und der politischen Orientierung nimmt nach der Adoleszenz kontinuierlich ab (Baumert u.a. 2016, S. 346). Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, die fachunterrichtlich verankerte politische Bildung zu stärken. Mit einer schulfachlich begleitenden kritisch-reflektiven Auseinandersetzung mit politischen Themen und Problemen im Jugend- und jungen Erwachsenenalter sind Einstellungen zu Politik unabhängig von früherem Interesse (noch) veränderbar (Kuger/Gille 2020, S. 1119).

Das Ranking für politische Bildung konnte in den letzten vier Jahren nachweisen, dass das Leitfach der politischen Bildung in der Sekundarstufe I in Deutschland mas-

siv vernachlässigt wird. Diese negative Entwicklung wird in der gymnasialen Oberstufe fortgesetzt und verfestigt, sodass ein angemessener Umgang mit politischen Themen in der deutlichen Mehrheit der Bundesländer auch nach 12 bzw. 13 Jahren Schule nach Abschluss der Oberstufe nicht möglich ist. Mehr als zwei Drittel der Länder verzichtet auf eine durchgehende politische Bildung in der gymnasialen Oberstufe. Sechs von sechzehn Bundesländern (Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt) bieten sogar keine einzige verpflichtende Unterrichtsstunde Politik für angehende Abiturienten an.

Nur in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen sind in der gesamten Oberstufe mehr insgesamt als sechs Wochenstunden für das Leitfach der politischen Bildung vorgesehen. In allen anderen Ländern sind im Idealfall 3 Wochenstunden, wie in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, ansonsten aber deutlich weniger als 3 Wochenstunden verbindlich.

An dieser Stelle muss eigentlich nicht erwähnt werden, dass demokratische Staaten wie Deutschland gerade von politisch und zugleich demokratisch sozialisierten Menschen abhängig sind. Eine demokratische Kultur muss vorgelebt, aber auch (in der Schule) erlebt werden. Die jetzige Situation gibt dies jedoch nicht her. Dabei wären dies aus einem weiteren Grund wichtig: Die Schüler:innen der gymnasialen Oberstufe sind i.d.R. zwischen 15-19 Jahre alt[3] und damit entweder bereits wahlberechtigt oder kurz davor. Das Wahl- und Wählbarkeitsalter wurde seit 1949 mehrfach geändert und seit 1975 auf Bundesebene schrittweise auf nun 18 Jahre gesenkt. Auf kommunaler Ebene wurde in elf Bundesländern das aktive Wahlrecht auf 16 Jahre festgelegt. In Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein können 16-Jährige sogar bei Landtagswahlen wählen gehen. Parallel zu dieser Entwicklung wird in der Öffentlichkeit diskutiert, das Wahlalter auch bei Bundes- und Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken. Auch politisch wird dieser Vorschlag kontrovers diskutiert. So hat der aktuelle Bundestag eine Kommission zur Reform des Wahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit eingesetzt und erörtert die Herabsetzung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre (Deutscher Bundestag 2022).

Betrachtet man nun die Ergebnisse des diesjährigen Rankings, muss kritisch hinterfragt werden, ob Jung- und Erstwähler:innen in Deutschland in der Schule (Sekundarstufe I und II) ausreichend auf Wahlen vorbereitet werden. Auch dies muss angesichts der empirischen Befunde stark bezweifelt werden. Die aktuelle gesellschaftspolitische Lage der Welt zwingt uns erneut zu der Frage*: Können wir uns den Luxus leisten, auf angemessene politische Bildung in den Schulen zu verzichten?* Aktuell tun wir dies.

Anmerkungen

1 Der vorliegende Beitrag stellt einige exemplarische Teilergebnisse des 5. Ranking Politische Bildung 2021 vor. Eine ausführliche Darstellung der Forschungsdaten, des methodischen Vorgehens und der empirischen Befunde finden Sie in der entsprechenden Studie.

2 Politische Sozialisation meint in diesem Zusammenhang „(…) alle Lernprozesse, bei denen politische Kenntnisse, Fähigkeiten und Orientierungen auf die Bürgerinnen und Bürger übertragen werden“ (van Deth 2005, S. 3).

3 In allen Bundesländern sind Kinder mit sechs Jahren schulpflichtig. Unterschiedlich geregelt ist der Stichtag. Dieser liegt zwischen dem 30. Juni und dem 30. September (DIPF 2022).

Literatur

Baumert, Jürgen; Becker, Michael; Cortina, Kai; Köller, Olaf; Kropf, Michaela; Maaz, Kai (2016). Die Entwicklung des politischen Interesses und des Selbstkonzepts der politischen Kompetenz vom Jugend- bis in das Erwachsenenalter. In Schippling, Anne; Grunert, Cathleen; Pfaff, Nicolle (Hg.): Kritische Bildungsforschung. Standortbestimmungen und Gegenstandsfelder. Opladen: Barbara Budrich, S. 323-352.

Deutscher Bundestag (2022): Pro und Contra Wahlalter ab 16 bei Bundestags- und Europawahlen. Online unter https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw17-pa-wahlrechtskommission-890198 (Zugriff 16.06.2022).

Deth, Jan W. van (2005): Kinder und Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 41/2005. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 16-24.

Deth, Jan W. van (2007): Politische Themen und Probleme. In: van Deth, Jan W.; Abendschön, Simone; Rathke, Julia; Vollmar, Meike: Kinder und Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 83-118.

DIPF 2022 = DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation: Wann kommt mein Kind in die Schule? Einschulung und Stichtagsregelung in den Bundesländern für 2022. Online unter: https://www.bildungsserver.de/wann-kommt-mein-kind-in-die-schule-einschulung-und-stichtagsregelungen-12554-de.html (Zugriff 14.06.2022).

Gille, Martina; de Rijke, John, Décieux, Jean Philippe, Willems, Helmut (2016): Politische Orientierungen und Partizipation Jugendlicher in Deutschland und Europa. In: Aydin Gürlevik, Klaus Hurrelmann und Christian Palentien (Hg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS, 163-194.

Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold (2018): Ranking Politische Bildung 2017. Politische Bildung an allgemein-bildenden Schulen der Sekundarstufe I. Bielefeld: Universität Bielefeld (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Paper No. 7). Online unter https://pub.uni-bielefeld.de/download/2917207/2932565/Goekbudak-Hedtke-Ranking-Politische-Bildung.pdf (Zugriff 16.06.2022).

Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold (2019): Ranking Politische Bildung 2018. Politische Bildung an allgemein-bildenden Schulen der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich. Bielefeld: Universität Bielefeld (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Paper No. 9). Online unter https://pub.uni-bielefeld.de/download/2934293/2934488/G%C3%B6kbudak_Hedtke_Ranking-PB_2018_final_online.pdf (Zugriff 16.06.2022).

Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold (2020): 3. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen in der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich 2019. Bielefeld: Universität Bielefeld (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Paper No. 12). Online unter https://pub.uni-bielefeld.de/download/2941780/2943402/Ranking_Politische_Bildung_2019_final_1.pdf (Zugriff 16.06.2022).

Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold; Hagedorn, Udo (2021): 4. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung in der Sekundarstufe I und in der Berufsschule im Bundesländervergleich 2020. Bielefeld: Universität Bielefeld (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Paper No. 11). Online unter https://pub.uni-bielefeld.de/download/2955456/2955502/Ranking_Politische_Bildung_2020.pdf (Zugriff 16.06.2022).

Gürlevik, Aydin; Hurrelmann, Klaus; Palentien, Christian (2016): Jugend und Politik im Wandel? In: Gürlevik, Aydin; Hurrelmann, Klaus; Palentien, Christian (Hg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–26.

Hippe, Thorsten; Hedtke, Reinhold; Hellmich, Niklas (2020): Politische Bildung und Demokratie-Lernen in der Sekundarstufe. Curriculumanalyse für den Bereich Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche in den Fächern der sozialwissenschaftlichen Bildung. Expertise im Rahmen des 16. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung. Online unter https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/dasdji/publikationen/Brosch%C3%BCren_2021_online/2020_Politische_Bildung_und_Demokratie_Lernen_in_der_Sekundarstufe.pdf (Zugriff 16.06. 2022).

Kalina, Andreas (2014). Erfolgreich. Politisch. Bilden. Faktensammlung zum Stand der politischen Bildung in Deutschland (2. Aufl.). Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

KMK 2007 = Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2007): Vereinbarung über Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung. Berlin.

KMK 2021 = Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2021): Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung. Berlin.

Kuger, Susanne; Gille, Martina (2020): Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Jugend- und jungen Erwachsenenalter. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 23 (6),S. 1103-1123.

Lange, Dirk (2010). Monitor politische Bildung: Daten zur Lage der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Reinders, Heinz (2016): Politische Sozialisation Jugendlicher. Entwicklungsprozesse und Handlungsfelder. In: : Gürlevik, Aydin; Hurrelmann, Klaus; Palentien, Christian (Hg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS, 85-102.

Watermann, Rainer (2005): Politische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 41/2005. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 3-6.